

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementpreis 0,85 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Erich-Duncker)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 1720.

Nr. 63.

Berlin, Sonnabend, 7. August 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

„Zielbewußte“ Schmerzen. — Heimarbeit und Lohnfrage. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeil. — Verbands-Zeil. — Briefkasten. — Anzeigen-Zeil.

„Zielbewußte“ Schmerzen.

In der Redaktion des „Vorwärts“ herrscht gegenwärtig eine schauerhafte Stimmung. Da diese auf allzu große Sommerhitze nicht zurückgeführt werden kann, muß wohl eine durch geistige Ueberanstrengung hervorgerufene allgemeine Nervosität daran schuld sein, die man sich nur damit erklären kann, daß die „Vorwärts“-Redakteure überall auf die Befolgung der Parteidogmen und die Betätigung unentwegter Prinzipientreue achten müssen. Eine harte Arbeit, denn es ist gar zu schlimm, was sich in letzter Zeit alles ereignet hat. Man denke nur an den Hofgang und das damit verbundene Gabelbrüstück der sieben Schwaben! Und eine Kreisgeneralversammlung geht sogar über einen Antrag, der das Verhalten der Spönäuger rügt, zur Tagesordnung über! Solche Schandakten müssen natürlich im „Vorwärts“ gehörig gebrandmarkt und die Unentwegten scharf gemacht werden, damit auf dem bevorstehenden Parteitag die Revisionisten, denn um solche handelt es sich auch in Württemberg, wieder einen gehörigen Lenzfettel kriegen.

Noch sind die Federn gestäubt, die sich mit diesen Dingen beschäftigen mußten, da ist schon wieder eine neue Untat geschehen. Im Berliner Gewerkschaftshause hat Samuel Gompers, der Führer der amerikanischen Federation of Labour, der größten Arbeiterorganisation, einen Vortrag über „Die gewerkschaftliche Bewegung diesseits und jenseits des Ozeans“ gehalten und dabei eine Stellung eingenommen, die der „Vorwärts“ nicht billigen kann. Der Amerikaner befindet sich schon seit einiger Zeit studienhalber in Europa und hat auch in Paris bereits einen Vortrag gehalten. Im Gewerkschaftshause schilderte er lediglich die Entstehung und die Entwicklung der Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten Nordamerikas. Er hob die großen Errungenschaften hervor, erklärte aber, damit noch nicht zufrieden zu sein, sondern daß man unablässig bemüht sein werde, weitere Fortschritte zu erzielen. Der Redner hob auch besonders hervor, daß die Erfolge nur möglich gewesen seien dadurch, daß die Arbeiterbewegung in Amerika eine einheitliche ist, die tatsächlich auf neutraler Grundlage beruht. Luftschlöffer werden nicht gebaut; so etwas darf es in der Gewerkschaftsbewegung nicht geben. „Wir arbeiten so, daß wir alles, was möglich und erreichbar ist, durchsetzen können.“

Der Vortrag war frei von jedem utopistischen Klimbim und brachte dem Redner stürmischen Beifall ein. Im Anschluß daran wurden verschiedene Anfragen an Gompers gerichtet, zu denen er sich auch äußerte. Seine Schilderung der amerikanischen Arbeiterbewegung mußte natürlich bei besonders „zielbewußten Genossen“ Unbehagen hervorrufen. Einer derselben schwang sich denn auch zu der Frage auf, wie Gompers sich zu den bürgerlichen Parteien stelle; er solle sich bei den Wahlen für eine bürgerliche Partei ins Zeug gelegt haben. Warum gingen die amerikanischen Gewerkschaften nicht mit der sozialistischen Partei? Gompers antwortete darauf nach dem Bericht des

„Vorwärts“: „Ich habe versucht, Ihnen einige Ideen, Gedanken und Tatsachen aus der amerikanischen Arbeiterbewegung zu übermitteln. Ich habe aber nicht von meiner Person gesprochen und meine Person nicht zur Diskussion gestellt. Für meine Taten bin ich den amerikanischen Arbeitern verantwortlich. Ich muß es ablehnen, auf eine Frage zu antworten, die nicht hierher gehört. Meine Tätigkeit wurde von der gesamten Arbeiterschaft Amerikas gutgeheißen, gleichzeitig wurde ich aufgefordert, in derselben Weise weiter zu wirken.“ In Wirklichkeit ist die Antwort von Gompers wohl noch etwas deutlicher gewesen, wie aus einer späteren Bemerkung des „Vorwärts“ hervorgeht, in der es heißt, daß Gompers dem Fragesteller den Vorwurf der Unhöflichkeit gemacht hat. Auch der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften, Legien, muß wohl dem vorlauten Fragesteller eine ziemlich deutliche Abfuhr haben zuteil werden lassen, und auch der „Vorwärts“ bekam dabei etwas ab.

Dafür sucht sich die Redaktion nun zu rächen in einer Nachschrift zu dem Bericht über die Versammlung. Gompers wird darin so schlecht gemacht, daß ein anständiger Hund kein Stück Brot mehr von ihm nehmen dürfte. Der Hauptvorwurf, den man ihm macht, ist, daß der Leiter der American Federation of Labour kein Sozialdemokrat ist. Dazwischen will der „Vorwärts“ auch mit ihm nicht „über seine unsozialistischen Anschauungen rechten“. Man begibt sich also auf das persönliche Gebiet, wirft ihm vor, daß er „Lügen verbreitet“ habe, daß er „die Wahrheit malträtiert, sich um die Verantwortung unbequemer Fragen gedrückt hat“ usw.

Ueber den guten Geschmack kann man bekanntlich nicht streiten, und am allerwenigsten mit der „Vorwärts“-Redaktion. Trotzdem will es uns scheinen, daß der Gast einer Gewerkschaftsorganisation, noch dazu, wenn er ihr durch einen Vortrag einen Dienst erweist, wohl Anspruch auf eine anständigere Behandlung hat, als sie Gompers durch das Zentralorgan derjenigen Partei zuteil wird, die sich als die alleinige Vorkämpferin wahrer Kultur und Bildung aufspielt. Freilich, der „Vorwärts“ ist der Meinung, daß der amerikanische Arbeiterführer der Gewerkschaftsbewegung mit seinem Vortrag keinen Dienst erwiesen hat. Denn er schreibt: „Wenn Gompers Vortrag überhaupt, wenn diese Diskussion samt den Gabelbrüstückausführungen des Genossen Legien unterblieben wäre, dann hätte der „Vorwärts“ und die deutsche Arbeiterschaft nicht das Allermindeste verloren.“ Auch sonst wird Legien mit einigen Bemerkungen bedacht, die man nicht gerade als Liebenswürdigkeiten oder Schmeicheleien bezeichnen kann.

Warum wohl der ganze Kerger? Gompers ist nicht Sozialdemokrat. Die Tatsache genügt für den „Vorwärts“ schon allein, um alles das, was er gesagt hat, als minderwertig hinzustellen. Ist es doch nun einmal Praxis bei den wirklich „zielbewußten Genossen“ geworden, jeden als Dummkopf oder als Lumpen zu betrachten, der eine andere Meinung zu haben sich erlaubt. Dann ein Zweites! Die amerikanische Gewerkschaftsbewegung ist nicht sozialistisch, sondern neutral. Auch das paßt natürlich dem „Vorwärts“ nicht in den Kram. Daß die

amerikanischen Arbeiter infolge der Beobachtung der Neutralität eine einheitliche Arbeiterbewegung haben und sie dadurch wirklich große Erfolge erzielt haben, kommt nicht in Betracht. Für den „Vorwärts“ und seine radikalen Gesinnungsgegnossen ist eben nicht das Arbeiterinteresse maßgebend, sondern lediglich das Parteiinteresse. Deshalb auch ihr Haß gegen diejenigen, die die Gewerkschaftsbewegung möglichst frei halten wollen von politischen Bestrebungen. Ja, man darf wohl sagen, daß die Gewerkschaftsbewegung überhaupt von den Radikalen mit recht gemischten Gefühlen betrachtet wird. Jede Gewerkschaftsbewegung ist darauf gerichtet, auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung Erfolge zu erzielen und diese Gesellschaftsordnung zu verbessern. Der zielbewußte Sozialdemokrat aber will diese Gesellschaftsordnung umstürzen. Das sind Widersprüche, die schließlich zur Gegnerschaft führen müssen.

Samuel Gompers wird trotz der schlechten Behandlung durch den „Vorwärts“ seine Parteilichkeit nicht ändern, und die amerikanischen Gewerkschaften werden sich in ihrer Haltung dadurch ebensowenig beeinflussen lassen. Zu wünschen wäre nur, wenn diejenigen Gewerkschafter, die den Vortrag von Gompers mit angehört und ihm stürmischen Beifall gesendet haben, auch die nötigen Schlußfolgerungen zögen. Eine Gewerkschaftsbewegung kann nur dauernde Erfolge erzielen, wenn sie einheitlich ist, und einheitlich kann sie nur sein, wenn sie sich frei hält von jedem politischen und religiösen Beiwerk. Das ist stets der Grundgedanke der Deutschen Gewerksvereine gewesen. Ihn hat im großen und ganzen auch Gompers vertreten. Unter diesen Umständen braucht man sich nicht zu wundern, daß er den Beifall des „Vorwärts“ nicht gefunden hat. Das ist auch kein Fehler, wenn nur die von ihm vertretenen Ideen von den Zuhörern beherzigt werden.

Heimarbeit und Lohnfrage.

II (Schluß).

In welcher Weise der Staat an der Regelung der Lohnfrage der Heimarbeiter mitzuwirken hat, wird in dem Vortrage von Gertrud Dyhrenfurth auseinandergesetzt. Die dem deutschen Reichstage vorliegenden Gesetzentwürfe der Gewerbeordnungs-novelle und der Arbeitskammern bieten nicht die erforderlichen Garantien. Der neue Titel VIIa der Gewerbeordnung gibt zwar den Behörden die Befugnis, sittliche und sanitäre Mißstände in Industrien, in denen „besondere Gefahren für Gesundheit und Leben“ zutage getreten sind, zu bekämpfen. Die Lohnfrage aber wird nur durch zwei Bestimmungen berührt, welche die Wurzel des Leidens nicht treffen. Die Lohnbücher sollen durch eine zweckmäßigere Fassung dem Arbeiter das Nachrechnen der Bezählung und die Geltendmachung seiner Ansprüche erleichtern. Ferner soll in den Arbeit-Ausgabe- und Lieferungsräumen eine Tafel ausgehängt werden, welche in deutlicher Schrift die für die einzelnen Arbeiter jeweilig gezahlten Löhne enthält. Es soll dadurch verhindert werden, daß Arbeiter, welche über die Lohnsätze

*) Heimarbeit und Lohnfrage. Drei Vorträge, gehalten von Anna Schmidt, Gertrud Dyhrenfurth, Alice Salomon. Verlag von Gustav Fischer in Jena. Preis 60 Pf.

nicht Bescheid wissen, niedriger bezahlt werden als ihre Genossen, und außerdem auf die Vereinheitlichung der Löhne hingewirkt werden. Ein solcher Tarifausbau ist aber nur eine Bekanntmachung der Firma, kein Uebereinkommen mit den Arbeitern, die auf sein Zustandekommen und seinen Inhalt keinen Einfluß haben.

Da auch das Zwischenmeisterstystem durch die Regierungsvorlage nicht berührt wird, würde sich durch ihre Annahme in den Verhältnissen der Heimindustrie wenig oder gar nichts ändern. Wenn in zehn Jahren eine neue Heimarbeitersstellung eröffnet würde, könnte sich vielleicht zeigen, daß einige Waren der Nahrungs- und Genussmittelbranche, z. B. die Marzipanschweiden oder die Konserven, nicht mehr in Schlafträumen hergestellt worden sind; daß die Zigarren nur aus Heimarbeiternohnungen stammen, die unter Kontrolle stehen und gewissen sanitären Anforderungen genügen, daß aber sonst alles beim alten geblieben ist, die Löhne ebenso niedrig, die Arbeitszeiten ebenso lang!

Ebenso wird es bei den durch das Arbeitskammergesetz vorgegebenen Heimarbeitersabteilungen an der Möglichkeit fehlen, den Forderungen der Heimarbeit den nötigen Nachdruck zu geben, weil dem Willen der Unternehmer nicht ein Wille der Arbeiterkraft gegenübersteht, der sich in wirksame Taten umzusetzen vermag. Deshalb muß der Staat selbständige Körperschaften, Tarifämter, bilden, die sich aus Vertrauenspersonen der Arbeitgeber, der Zwischenmeister und der Arbeitnehmer zusammensetzen und auf Grund von Erfahrungen und Sachkenntnissen die Arbeitsverhältnisse der einzelnen Industrien zu regeln hätten. Die Funktionen dieser Tarif- oder Lohnämter sollen nur darin bestehen, die berufsbüchlichen Löhne in ihrem Bezirke zu ermitteln und auf Grund dieser gesetzmäßigen Mindestlöhne für die Hausindustrie aufzustellen. In der aus Sachkennern zusammengesetzten Instanz läge die Garantie, daß die Ermittlung der Löhne gründlich und ohne einseitige Tendenz erfolgte. Der berufsbüchliche festgelegte Zeitlohn müßte als gesetzlicher Mindestlohn gelten, bis das Amt sich auf eine Stücklohnabmachung geeinigt hat. Diese Mindestlohnabmachung müßte auf alle Fälle eingehalten werden und würde dadurch die Neigung erhöhen, Stücklohnarbeiten zu bringen. Selbst bei Waren von recht mannigfaltiger Art, die auch der Mode unterworfen sind, ließen sich Mindestlöhne festsetzen. Die neuen Modelle müßten eben, wie dies schon jetzt in den geschlossenen Betrieben zur Feststellung der Akkordlöhne geschieht, unter Aufsicht im Geschäft gearbeitet und der Zeitaufwand, den die Herstellung kostet, genau berechnet werden. So käme man auch in den schwierigeren Fällen zu Mindeststücklöhnen. „So würde“, wie es in einem englischen Parlamentsberichte über diese Frage heißt, „die große praktische Schwierigkeit, für jede Abweichung in Größe, Form und Klasse der Gegenstände Löhne zu fixieren, überwunden werden. Stücklohnsätze könnten für alle Gegenstände angelegt werden, die einigermaßen feststehend in Größe, Muster und Charakter seien, während der Mindestzeitlohn verbindend würde, daß Arbeiten, für welche keine Stücklohnsätze festgestellt wurden, nicht weniger als den Mindestverdienst eintragen.“

Der Einwurf, daß auf diese Weise in den sogenannten Glendindustrien die vorhandenen Lohnsätze gewissermaßen staatlich anerkannt und das Glend verewigt wird, ist deswegen nicht stichhaltig, weil wenigstens der Lohn auf das Niveau der besten Firmen geschränkt wird. Außerdem werden die anständigen Firmen vor der Unterbietung durch unreelle Konkurrenten bewahrt. Damit aber ist ein Schutzwall gegen den ärgsten Lohndruck gewonnen, und die Sicherheit, daß ein weiteres Sinken der Löhne verhindert wird. Wo sich aber auch die Löhne der anständigen Firmen als so niedrig herausstellen, daß die Lebenshaltung der Arbeiterkraft nicht mehr dem Kulturstande der Nation entspricht, da muß durch eine höhere Instanz, eine Art Berufungshof, eine Erhöhung der Lohnsätze möglich sein.

Die Durchführung der Lohnregulierung soll in die Hände der Gewerbeinspektion gelegt und durch die allgemeine Registrierung der Heimarbeiter ermöglicht werden.

Gegen diese Forderungen sind naturgemäß mancherlei Einwände erhoben worden, deren Widerlegung sich in wirkungsvoller Weise Dr. Alice Salomon unterzogen hat. Da gibt es zunächst Leute, die in dem staatlichen Eingreifen eine Beschränkung der persönlichen Freiheit, der Vertragsfreiheit erblicken. Diese Bedenken sollten eigentlich verstummen, nachdem der Staat durch Arbeiterchutzgesetze überhaupt der Verfügungsfreiheit der Unterneh-

mer gewisse Schranken gezogen hat. Durch den gelinden Zwang, der auf diese wirtschaftlich Stärkeren ausgeübt wird, ist die Freiheit der Schwächeren etwas vermehrt worden. Ebenso wird der Staat es als seine Pflicht erkannt hat, Gesundheitsbeschädigungen zu verhüten — wie dies in der Arbeiterchutzgesetzgebung zum Ausdruck gelangt —, ebenso muß er auch verhüten, daß Menschen infolge von Hungerlöhnen allmählich zugrunde gehen.

Ebenso wenig stichhaltig sind die praktischen Bedenken, daß durch einen staatlichen Einfluß auf die Lohnfestsetzung die Arbeitsprodukte verteuert würden. Der Wohlstand eines Volkes beruht keineswegs nur auf der Verbilligung der Produkte, sondern vor allem auch auf der Steigerung der Kaufkraft. Auf alle Fälle ist es wichtiger, daß die Arbeiter sich mehr Brot, mehr Fleisch, mehr Schuhe und Kohlen kaufen können, als daß seidene Stoffe und Vallblumen um einige Groschen billiger zu haben sind. Außerdem aber ist es keineswegs unbedingt notwendig, daß die Waren durch eine Lohnsteigerung verteuert werden. Eine Lohnsteigerung ist auch möglich durch einen verringerten Gewinn der Zwischenmitglieder, besonders des Handels. Es darf weiterhin aber auch nicht außer acht gelassen werden, daß höhere Löhne auf eine Verbesserung der Arbeitstechnik hinzuwirken pflegen, die gerade in der Heimindustrie sehr erwünscht wäre. Deshalb ist es keineswegs ausgeschlossen, daß eine staatliche Lohnpolitik stellenweise sogar zu einer billigeren Herstellung der Waren und damit zu einer größeren Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte führen würde.

Gerade mit der angeblichen Gefährdung von Deutschlands Stellung auf dem Weltmarkte wird ein großer Irrtum getrieben. Wie hinfällig dieser Einwand ist, ist schon gezeigt worden. Hat denn aber ein Land oder ein Volk Interesse daran, parasitische Gewerbe künstlich zu erhalten, Waren zu exportieren, die ganzen Volksschichten ihre Lebenskraft entziehen? Wenn Industrien sich im Wettbewerb auf dem Weltmarkte nur dadurch halten können, daß die Produktionskosten durch schlechte Arbeitsbedingungen niedrig gehalten werden, und wenn der Staat dem durch Verschönerung dieser Industrien mit Schutzgesetzen Vorstoß leistet, so könnte er ebensogut den Unternehmern Prämien zahlen oder Wechsel auf die Staatskasse ausstellen. Dieses Wort des englischen Sozialpolitikers Webb hat durchaus seine Berechtigung.

Die hin und wieder geäußerte Befürchtung, der geforderte Minimallohn könne ein Maximallohn werden, ist ebenfalls unbegründet. Denn niemand fordert eine einheitliche Regelung für das ganze Gewerbe, einen Lohn, mit dem auch geübte, leistungsfähigste Arbeiter sich zufrieden geben sollen, sondern nur eine Festlegung, die in Fällen eintritt, in denen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern kein Tarif zustande kommt.

Die gegen die staatliche Regelung der Heimarbeiterlöhne erhobenen Einwände sind also nicht stichhaltig. Der damit verbundene Zwang ist wohlthätig, denn er würde die Summe von Freiheit in der Gesellschaft erhöhen und mehr und einem weiteren Kreis Freiheit geben als nehmen. „Er würde Freiheit geben all den vielen Heimarbeitern, die mühselig und beladen die Pflichten allzu schwerer Arbeitslasten durch ihr Dasein tragen; und das helle Sonnenlicht würde in jene düsteren Existenzen endlich hineinleuchten und ihr Leben mit einem Strahl von Hoffnung und Zuversicht auf eine bessere Zukunft verklären.“

Diese knappe Darstellung zeigt am besten, ein wie überaus reichhaltiges Material die besprochene Broschüre enthält. Wer sich eingehender mit der Frage beschäftigen und die Mißstände in der Heimindustrie wirksam mitbekämpfen will, der findet in der Schrift aber auch interessante Einzelheiten und Beispiele, die diesem Gerüst erst die richtigen Formen geben. Darum wiederholen wir unsere eingangs erhobene Mahnung und raten dringend zur Anschaffung der Broschüre.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 6. August 1909.

„Unerfreuliches aus der evangelischen Arbeitervereinsbewegung“ weiß der christlich-sozialen Reichstagsabgeordnete und Arbeiterführer Franz Behrens im „Reich“ zu melden. Angetan hat es ihm in erster Linie das „Sächsisch-evangelische Arbeiterblatt“, mit dem Artikel des Redakteurs Ziegenfuß, aus dem auch wir in Nummer 61 einige Stellen brachten. In diesem Artikel ist Herr Ziegenfuß insofern ein Irrtum unterlaufen, daß er von Herrn Behrens geschrieben hat, er habe bei der Abstimmung über die Erbschaftssteuer gefehlt. Tatsächlich hat Herr Behrens für die Erbschafts-

steuer gestimmt. Da wir die Notiz nachgedruckt hatten, werden selbstverständlich auch wir von Herrn Behrens angerepelt. Das schadet nichts. Wir geben den Irrtum gern zu. An der Tatsache, daß die christlichen Führer und mit ihnen Herr Behrens trotzdem teils durch ihre Abstimmung, teils durch ihre Stimmhaltung die neuen Steuern haben durchbringen helfen, wird dadurch nichts geändert.

Wir wollen aber diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne zu zeigen, wie Herr Behrens kämpft. Zu den unerfreulichen Erscheinungen aus der evangelischen Arbeitervereinsbewegung rechnet er auch einen Artikel im „Sächsisch-Nassauischen Volksboten“, ebenfalls einem Organ der evangelischen Arbeitervereine. Herr Behrens schreibt darüber:

„Noch eine weitere Probe, die in dem Blatte Aufnahme fand, sei hier wiedergegeben:

„Diese Leute (nämlich die Junker) haben eine patriotische Maske vorgebunden, und die Regierung, soweit wir überhaupt noch eine Regierung haben (!!), ist bemüht, dem Junker diese Maske zuzubalten. (!) Diese Art von Junkern, die eben an den Schanepfahl der Vaterlandslosigkeit fielen, der nicht in ihren patentierten Maskenpatriotismus einstimmt (!!), der nicht bloß den Patriotismus in Kaisergerichtsbarkeit und dem Gesang „Heil Dir im Siegerkrans“ befindet, diese Klassenherrschaft ist geradezu elchhaft“ (!!!)

Dazu bemerkt Herr Behrens:

Das ist der „gute Ton“ eines evangelischen Arbeiterblattes. Die „Leipziger Volkszeitung“ sollte den „Säch.-Nass. Volksboten“ wegen unfaulteren Wettbewerbs im Saubererententverfägen! Daß natürlich der „Volksbote“ auch ein wenig nach dem Muter des „Säch.-evangel. Arbeiterblattes“ Betrachtungen über „Finanzreform und Arbeiterstreiter“ anstellt, wird nicht verwundern. Diese Betrachtung läßt erkennen, daß der Redakteur über eine Sache geschrieben hat, von der er nichts versteht. Deshalb verdient es sich nicht, näher darauf einzugehen.

Natürlich muß jeder, der das liest, glauben, daß die die Junker betreffenden Sätze von der Redaktion des „Sächsisch-Nassauischen Volksboten“ geschrieben sind. Das ist aber, wie auch Herr Behrens sicherlich ganz genau weiß, nicht der Fall. Das sind Sätze, die der Heidelberger Professor Weber in einer vom Ältesten-Kollegium der Berliner Kaufmannschaft veranstalteten Protokollversammlung gegen die Pläne der Reichsfinanzkommission gesprochen hat. Sie sind von der gesamten Presse und auch vom „Sächsisch-Nassauischen Volksboten“ nur nachgedruckt. Herr Behrens aber sucht durch seine Schreibweise den Eindruck zu erwecken, als ob das evangelische Arbeitervereinsorgan selbst sie verfaßt hätte. Eine solche Handlungsweise richtet sich von selbst. Deshalb enthalten wir uns jeder Kritik.

Neue unerhörte Maßregelung eines technischen Angestellten in Augsburg. Der Bund der technisch-industriellen Beamten teilt mit: Bekanntlich wurde von der Maschinenfabrik Augsburg in jüngster Zeit ein gelber Beamtenverein gegründet, der gelegentlich der Wahlen zu den Angestelltenausschüssen der Handelskammer zum ersten Male in Aktion trat. Die von ihm aufgestellten Kandidaten fielen aber bei der am letzten Sonntag erfolgten Wahl glänzend durch. Dafür rächte sich die Maschinenfabrik Augsburg, indem sie den in ihren Diensten stehenden, von den organisierten Technikern gewählten Angestellten sofort ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist entließ. Ueber den glänzenden Wahlsieg der Organisierten täuscht diese kleinliche Rache des Herrn Ritter von Buz nicht hinweg. Die technischen Angestellten Augsburgs wollen nicht gelb sein.

Was sagt nun aber die bayerische Regierung dazu, daß der gute Wille, den sie mit der Schaffung von Angestellten-Ausschüssen bewiesen hat, so von den Großindustriellen durchkreuzt wird? Und werden die bayerischen Staats- und Kommunalbehörden nun endlich Maßnahmen treffen, die verhindern, daß in Zukunft Arbeiten aus öffentlichen Mitteln Firmen übertragen werden, die die persönliche Freiheit und das Koalitionsrecht der Angestellten mißachten?

Ueber die Zahl der bewilligten Alters- und Invalidenrenten gibt eine im Reichsversicherungsamt gefertigte Zusammenstellung Auskunft, die auf den Mitteilungen der Vorstände der Versicherungsanstalten und der zugelassenen Kasseneinrichtungen beruht. Danach betrug die Zahl der seit dem 1. Januar 1891 bis einschließlich 30. Juni 1909 von den Versicherungsanstalten und den 10 vorhandenen Kasseneinrichtungen bewilligten Invalidenrenten 1688 491. Davon sind infolge Todes oder Auswanderung des Berechtigten, Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit, Bezugs von Unfallrenten oder aus anderen

Gründen weggefallen 811 222, so daß am 1. Juli 1909 877 269 Renten liefen. Die Zahl der während desselben Zeitraumes bewilligten Altersrenten betrug 475 950. Davon sind infolge Todes oder Auswanderung der Berechtigten oder aus anderen Gründen weggefallen 371 019, so daß am 1. Juli 1909 nur 104 931 Renten liefen. Invalidentrenten gemäß § 16 des Invalidenversicherungsgesetzes (Krankenrenten) wurden seit dem 1. Januar 1900 96 265 bewilligt. Davon sind infolge Todes, Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit oder aus anderen Gründen 77 446 weggefallen, so daß am 1. Juli d. J. noch 18 819 Renten liefen. Beitragsersatzungen sind bis zum 30. Juni 1909 bewilligt a) an weibliche Versicherte, die in die Ehe getreten sind, 1886 960, b) an versicherte Personen, die durch einen Unfall dauernd erwerbsunfähig im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes geworden sind, 5760 und c) an die Hinterbliebenen von Versicherten 420 393, zusammen also 2 313 113.

Arbeiterbewegung. Die städtischen Arbeiter in Kiel haben sich zur bedingungslosen Aufnahme der Arbeit bereit erklärt. Ihr Ersuchen, sämtliche Streikende wieder einzustellen, wurde vom Magistrat abgelehnt; 300 Stellen seien bereits seit mit anderen Arbeitern besetzt. — Der Streik der Geldschrankschlosser in Berlin dauert fort. Nachträglich sind auch noch in einzelnen Betrieben die Bauarbeiter in den Zustand getreten. Die örtliche Verwaltung des Metallarbeiterverbandes hatte die Genehmigung zum allgemeinen Streik nicht erteilt und anfänglich auch gegen die Niederlegung der Arbeit in einzelnen Betrieben eine ablehnende Stellung eingenommen. Nachträglich hat sie dem Drängen der Mitglieder aber nachgegeben und die Genehmigung zum Streik in einigen Betrieben erteilt. Als Antwort darauf haben die in der Schlosserinnung und dem Arbeiterberufungsverband vereinigten Meister beschlossen, eine allgemeine Aussperrung der organisierten Schlosser vorzunehmen, wenn bis zum Freitag nicht in sämtlichen Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen ist. — Die Binnenschiffer der Elbe, sowie die Maschinisten und Heizer befinden sich in einer Tarifbewegung. Sie verlangen eine Regelung der Arbeitszeit und insbesondere Festlegung einer Nacht- und Sonntagsruhe; außerdem wird eine kleine Lohnerhöhung gefordert. Im ganzen kommen bei der Bewegung 3—4000 Arbeiter in Frage. — Die im Hamburger Baugewerbe von neuem eingeleiteten Einigungsverhandlungen haben insofern einen Erfolg gehabt, als eine Vereinbarung getroffen wurde, nach der bis zum 11. August keine Arbeitswilligen von den Unternehmern mehr angenommen werden dürfen und die Arbeiterorganisationen sich verpflichten, bis zu demselben Termin keine neuen Sperren zu verhängen. Die weiteren Verhandlungen wurden bis zum 11. August vertagt. — In Fürstenwalde (Spree) standen seit 11 Wochen die Lischler im Streik. Jetzt ist ein Tarif vereinbart worden von dreijähriger Dauer, der eine Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 59 auf 57 Stunden und eine nicht unerhebliche Lohnerhöhung bringt.

Der Generalstreik in Schweden ist zur Lausade geworden, nachdem die Arbeitgeberverbände ihre Drohung wahr gemacht und weitere Forderungen von Arbeitern aufs Pflaster geworfen hatten, ist am 4. August die Arbeiterchaft in den allgemeinen Streik eingetreten. Die Fabrikbetriebe ruhen fast sämtlich, auch der Verkehr liegt völlig darnieder. Die Landarbeiter wollen sich ebenfalls der Bewegung anschließen. Die Zahl der Fernenden soll eine Viertel Million bereits übersteigen.

Verbändlerterrorismus. Mitte Juli trat bei der Fensterreinigungsanstalt Berliner Glasfenstermeister, E. G. m. b. H. in Berlin ein Arbeiter M. ein, der früher Mitglied im Gewerkschaftverein der Maschinenbauer war, die Mitgliedschaft aber verloren hatte, weil er infolge längerer Aufenthalts im Auslande und aus anderen Gründen an der Beitragsleistung gehindert war. Er war also zur Zeit des Eintritts bei der Firma unorganisiert. Schon nach kurzer Zeit wurde er von den im Handels- und Transportarbeiterverbände organisierten Mitarbeitern nach der Organisationsangehörigkeit gefragt. M. gab zunächst eine ausweichende Antwort und erklärte, daß seine Organisationsverhältnisse zurzeit noch nicht geklärt seien. Schließlich wurde er zu einer Werkstatversammlung eingeladen, in der die Unorganisierten unter deutlicher Anspielung auf ihn zum Eintritt in den Handels- und Transportarbeiterverband aufgefordert wurden. Auf verschiedene Anpassungen erklärte schließlich M., daß

er den Kirch-Dunderschen Gewerksvereinen angehört habe, und sobald es seine Mittel erlaubten, — er sei zurzeit wegen langer Arbeitslosigkeit mittellos — auch wieder beitreten werde. Mit dieser Erklärung verursachte M. in der Versammlung einen Sturm der Entrüstung. Aufse wie: Klaus mit ihm! veranlaßten ihn, den Saal zu verlassen. Trotz alledem hörten die Werberverbände der Verbändler nicht auf. M. leistete ihnen aber keine Folge. Da eines Tages wurde er plötzlich ins Kontor gerufen und ihm erklärt, daß verschiedene Klagen wegen mangelhafter Arbeit eingelaufen seien, und daß er von seinen Kollegen als einer der schlechten Arbeiter bezeichnet worden sei, mit dem sie nicht länger arbeiten könnten. M. wußte wohl, daß es sich hier um eine auf Unwahrheit beruhende Denunziation der Verbändler handelte und suchte sich zu verteidigen, wurde aber ohne weiteres aus dem Kontor entlassen mit der Mahnung, künftig besser seine Pflicht zu tun. Nach diesem Vorgange wurden die Werberverbände seitens der „Genossen“ mit noch größerer Energie fortgeleitet. Der Vertrauensmann A. sagte sogar zu ihm eines Tages, als M. sich der erneuten Werberarbeit entziehen wollte: „Du hast wohl lange nicht im Pinnstein gelegen.“ Da M. sich trotzdem entschieden weigerte, dem „freien“ Verbände beizutreten, zogen die „Genossen“ straffere Seiten auf. Als das Ergebnis ihrer Mühsarbeit kann man wohl die Tatsache bezeichnen, daß M. am Mittwoch von dem Meister B. bei Beginn der Arbeit mit den Worten entlassen wurde: „Geben sie so lange aus, bis sie im Verbände sind!“ Nun liegt der betreffende Arbeiter, der tatsächlich sich in einer Notlage befand und die Beiträge für die Organisation aufzubringen nicht imstande war, auf dem Pflaster. Er ist wieder brotlos, dank der Duldsamkeit seiner zielbewußten Arbeitsbrüder. Jeden weiteren Insas eriparen wir uns. Der Vorgang spricht für sich selber.

Ein Verhörsorganamt haben die sächsischen Unternehmerorganisationen der Textil- und Bekleidungsindustrie zu errichten beschlossen. Aufgabe dieser Einrichtung soll sein, bei Lohnunterschieden neben den gegenwärtig vorhandenen Vermittlungskämtern als Schiedsgericht in Tätigkeit zu treten. Zusammengesetzt sein soll das Verhörsorganamt aus einer gleichen Anzahl von Arbeitern und Arbeiterinnen, die den verschiedenen Organisationen angehören, und aus Unternehmern. Man hofft, durch die Einrichtung wirksamer als bisher Streiks und Aussperrungen vermeiden zu können.

Die Maifeier, die eigentlich schon längst tot ist, jedenfalls nur noch ein Schattendasein führt, will man auf dem nächsten sozialdemokratischen Parteitag in Leipzig zu neuem Leben zu erwecken versuchen. Allzu groß freilich scheinen die Hoffnungen nicht zu sein, das zeitweilig fränkische Kind zu einer gesunden Entwicklung zu bringen. Bisher hatte stets der Abg. Richard Fischer das Referat über diese Frage. Da es ihm nicht gelungen ist, die Begeisterung für die Maifeier in dem gewünschten Maße zu entfachen, soll jetzt der Parteisekretär Müller den Versuch machen. Auf der Generalversammlung des Kreiswahlvereins für Niederbarnim, die letzten Sonntag tagte, sagte ein „Genosse“ zu diesem Veronesenwechsel, daß nun „an Stelle der bisherigen unklaren Beschlässe noch unklarere gefaßt werden sollen“. Wie kann auch eine Demonstration, die künstlich veranstaltet wird, auf die Dauer Zugkraft besitzen! Denn daß die Maifeier nicht aus den Massen heraus geboren ist, das zeigen die Ausführungen des „Genossen“ Mitsche auf der eben genannten Generalversammlung. Derselbe erklärte nach dem „Vorwärts“:

„Als Mitglied einer großen Gewerkschaft, welche sich stets für die Arbeitsruhe erklärt hat, habe ich gesehen, daß es die Kollegen in den Werkstätten und Fabriken waren, welche im Gegensatz zu dem Beschluß ihrer Gewerkschaften in paar Tage vor dem 1. Mai beschlossen, die Arbeit nicht ruhen zu lassen. Die Massen wollen eben nicht feiern.“

Wie auch der Beschluß des Leipziger Parteitages ausfallen möge, die Maifeier, wenigstens in der bisher üblichen Form, ist eine abgetane Sache. Diejenigen, die versuchen, ihr noch einmal Leben einzubauen, leisten vergebliche Arbeit. Nur gut, daß die Deutschen Gewerksvereine das Nupke dieser Demonstration von Anfang an erkannt und es abgelehnt haben, den Hummel mitzumachen!

Ruf für Geistesranke immer ein Vormund bestellt werden? Es kommt im Leben nicht selten vor, daß Personen geisteskrank und dadurch geschäftsunfähig werden, die noch irgendwelche Forderungen nach Augen hin geltend machen können,

sie können z. B. Forderungen aus der sozialen Versicherung haben, aus der Invaliden-, Unfallversicherung usw. Da solche bedauernde Personen keine rechtsgültigen Handlungen vornehmen können, so kann an sie auch keine Zahlung irgend welcher Art geleistet werden, sie können also auch keine Rente beziehen. Das Gesetz schreibt im allgemeinen vor, daß zur Vertretung eines geistig Erkrankten eine Vormundschaft eingesetzt werden soll, jedoch ist dies nicht in allen Fällen notwendig. Es ist nämlich weiter festgelegt, daß die Entmündigung nicht vorgenommen zu werden braucht, wenn der Geistesranke nur einen bestimmten Kreis seiner Angelegenheiten nicht wahrnehmen kann. In solchen Fällen genügt schon die viel leichtere, schnellere und auch für den Kranken viel unauffälligere Maßregel der Einsetzung eines Pflegers. Die Einsetzung eines Pflegers statt eines Vormundes liegt auch oft im gesundheitlichen Interesse des Kranken, weil er auf diese Weise vor den Erbschütterungen bewahrt wird, die die Einsetzung eines Vormundes und die Entmündigung vielfach zur Folge haben. Namentlich in den Fällen, wo der Kranke in der Familie verbleibt, ist die Einsetzung eines Pflegers aus dem Familienkreis mehr zu empfehlen als die Einsetzung eines Vormundes. Nach der bisherigen Rechtsprechung des preussischen Kammergerichts und des deutschen Reichsgerichts kann sehr wohl für Geistesranke, die nicht imstande sind, ihre wirtschaftlichen Angelegenheiten selbst wahrzunehmen, ein Pfleger eingesetzt werden.

Gewerksvereins-Teil.

§ Berlin. Am Sonnabend, den 31. Juli, fand eine Versammlung der Zastelle Berlin des Gewerksvereins der Deutschen Eisenbahner in Vöghagen statt. Dieß auch der Besuch viel zu wünschen übrig, so hatte doch der Frierische Verband drei seiner Berliner Größen und den nötigen Anhang entsandt. Als Thema hatte Kollege Eichhorn gewählt: „Was uns tut!“ Derselbe sprach ruhig und sachlich, wies die Eisenbahner auf die Notwendigkeit der Organisation hin und forderte zum Eintritt in den Gewerksverein der Deutschen Eisenbahner auf. Nachdem vom Referenten noch das Programm und die Leistungen des Gewerksvereins bekannt gemacht worden waren, schloß derselbe seinen zwar kurzen, aber inhaltreichen Vortrag, der selbst von den Frierischen Verbändlern mit Beifall aufgenommen wurde. In der darauf folgenden Diskussion wurde allerdings von diesen versucht, das Gehörte für ihren Verband auszufächeln. Unserem Verbandsvorsitzenden wurde seine Parteilichkeit vorgeworfen und die Gewerksvereine als politisch hingestellt. Des weiteren wurde gesagt, Goldschmidt sei nicht berechtigt, für die Eisenbahner zu sprechen, da er doch alles erst aus zweiter Hand erfahre. Außerdem sei unser Programm das selbe wie das des Frierischen Verbandes; eine Arbeitslosenunterstützung befaßen sie auch; von den Mitgliedern würde diese aber nicht beachtet. Zuletzt wurden die hohen Beiträge des Gewerksvereins bemängelt. Dabei vergaß man allerdings zu erwähnen, daß die Gewerksvereinskollegen bis zu 40 Mark Leberstiedelungsgelder, bis 56 Mark Arbeitslosenunterstützung in einem Jahre, die Hinterbliebenen des Mitgliedes beim Tode desselben 25 bis 50 Mark, beim Tode der Ehefrau das Mitglied 25 Mark Sterbegeld erhalten.

Im Schlußwort rücte der Vortragende die Behauptungen der Verbändler in das richtige Licht, wies die Angriffe auf den Gewerksverein energisch zurück und forderte nochmals zum Eintritt in denselben auf. Bemerkenswert ist das starke Aufgebot, das die Frierischen in die Versammlung entsandten. Den Zweck, uns totzureden, haben sie nicht erreicht. Wir leben noch und werden den Herren noch manche unruhige Stunde verursachen. Wenn nur jeder Gewerksvereiner, der auf der Bahn beschäftigt ist, seine Pflicht tut und für den Gewerksverein der Deutschen Eisenbahner agitiert, werden wir bald stärker als der Frierische Verband sein. Zu der am Sonntag, den 8. August, mittags 2 Uhr, im Verbandsbause stattfindenden Versammlung ist es Pflicht eines jeden Eisenbahners, zu erscheinen.

Wegen Materials für den Gewerksverein der Deutschen Eisenbahner für Berlin wende man sich an den Kollegen B. Eichhorn, Vöghagen, Crossenerstr. 25.

§ Erfurt. Am Montag, den 28. Juli, fand im Restaurant „Zur Pfalzburg“ eine vom Ortsverbande einberufene Versammlung statt, zu welcher Kollege Goldschmidt, Berlin ein Referat über „Die Verhältnisse in den preussisch-hessischen Eisenbahnen“ übernommen hatte. In einhalbstündiger Vortrage schilderte Kollege Goldschmidt die ungenügenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Staatsbetrieben, die doch eigentlich Mutterbetriebe sein sollten, und forderte eine Verkürzung der Arbeitszeit, Lohnerhöhung und Verbesserung der Verhältnisse. In weiteren streifte Redner den Frierischen Verband und seine bisherigen Leistungen, desgleichen den schmutzigen Kampf der christlichen Gewerkschaft gegen denselben. Zum Schluß empfahl Kollege Goldschmidt die neutralen Gewerksvereine und forderte zum Eintritt in den neugegründeten Gewerksverein der Eisenbahner auf. Reicher Beifall lohnte den Redner für die interessanten Ausführungen. In der hierauf folgenden Diskussion erhielt als Erster ein Vertreter des Frierischen Verbandes das Wort. Derselbe erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten zum größten Teil einverstanden, versuchte aber, die Angriffe gegen den Führer Peter Roly abzufchwächen und

